Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.60, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 8 Uhr Abends. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf. 2spaltige Zeile unterm Gericht (eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf. (für Familiennachrichten rc.), bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Angabe einzelnster Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Photographische
Apparate
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Neue Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: Reick bei Dresden.
Filialen
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, Gelsenkirchen i. B., München.
Ausführlicher Catalog gegen Einsendung von 20 Pfg. in Briefmarken.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle

Max: Kunath
Wallstr. 8

Neuheiten
in **Photographie-Albums, Portefeuille-Waaren, Damentaschen** empfiehlt in reichster Auswahl
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Strasse 3.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass.
Grosses Lager von Paris und Brüssel.
Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Geradehalter für Herren, Damen und Kinder, **leicht, bequem** und äusserst **wirksam,** bei Herren und Knaben die Hosenträger ersetzend, zum Preise von **3—6 Mk.** stets vorräthig beim Verfertiger, Bandagist und Orthopäd
M. H. Wendschuch sen., Marienstrasse 22
im Gartengrundstück. — Gegr. 18..

Nr. 344. Spiegel: Etatsberathung. Weihnachtsschau. Hofnachrichten. Obstbauverein. Nahrungsmittelunterſuchung. Gerichtsverhandlungen. Gewerbeverein. Kammermusik-Abend. | Wahrschein. Witterung: Trübe, Niederschläge. | **Mittwoch, 14. Dezember 1898.**

Politisches.

Die vorgestrige Etatsberathung im Reichstage gestaltete sich, wie nicht anders zu erwarten war, zu einer allgemeinen Aussprache über die gesammte innere und äußere Politik. Alle Probleme des öffentlichen Lebens, die seit Jahr und Tag auf der Tagesordnung stehen und bereits von der Presse in epischer Breite behandelt worden sind, gelangten am ersten Tage der Etatsdebatten zur Erörterung, ohne daß es gelang, nach irgend einer Richtung wesentlich neue Gesichtspunkte aufzustellen. Die Regierungsauffassungen wurden durch die drei Staatssekretäre der Finanzen, des Innern und des Aeußeren zum Ausdruck gebracht; jeder vertrat sein Ressort. Herr v. Thielmann ging über den Rahmen der trockenen Sachlichkeit nicht hinaus; er besprach die finanzielle und wirthschaftliche Lage rein geschäftsmäßig und nüchtern. Temperamentvoller redete Herr v. Posadowsky; in seiner Skizze der innerpolitischen Verhältnisse entwickelte er so viel Geschick wie Entschiedenheit, daß man sich beinahe verleiten lassen könnte, den rückhaltlosen Optimismus, den er allenthalben zur Geltung zu bringen suchte, für gerechtfertigt zu halten. Er schaut Alles im rosigen Lichte; Grund zur Unzufriedenheit und Mißstimmung ist nach seiner Ansicht nirgends vorhanden. Daß sich ein Gefühl der Reichsverdrossenheit geltend machen kann, ist ihm unbegreiflich, denn Alles ist nach ihm in schönster Ordnung. Die wirthschaftliche Situation ist günstiger wie seit langen Jahren; ein wirthschaftlicher Aufschwung, wie der gegenwärtige, soll in solchem Umfange noch niemals stattgefunden haben. Selbst von den Verhältnissen in der Landwirthschaft meint der Staatssekretär des Innern, daß sie im letzten Jahre freundliche Seiten gezeigt haben. Die Institutionen auf wirthschaftlichem Gebiete charakterisirt er als so freiheitliche, wie sie wenig andere Länder der Welt besitzen. Unsere Rechtsgarantien auf allen Gebieten nennt er die vollendetsten. Unter den verbündeten Regierungen herrscht in allen wichtigen Fragen vollkommene Einigkeit; irgend welche ernsthafte Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen ihnen nicht. Volle Uebereinstimmung ist insbesondere über die Nothwendigkeit eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen vorhanden. Der Thatsache gegenüber, daß Kundgebungen des Monarchen in die Oeffentlichkeit gehen, die durch die Verantwortlichkeit eines Ministers nicht gedeckt werden, und zu der Forderung, daß der Ministerverantwortlichkeit diejenige Bedeutung wiedergegeben werde, die sie in einem konstitutionellen Staate haben müsse, damit nicht unhaltbare Zustände entstehen, erklärte Herr v. Posadowsky, daß nichts geschehen sei, wofür nicht der Reichskanzler, der im Reiche allein verantwortlich sei, im vollsten Sinne die Verantwortung übernommen hätte. Wäre das nicht der Fall gewesen, fügte er zur Bekräftigung hinzu, so würde der Kanzler seine Konsequenzen längst gezogen haben. Der Behauptung, daß durch die Reise nach Jerusalem Stockungen in der Regierungsmaschine eingetreten seien, trat er durch den Hinweis entgegen, daß der Kaiser in fortgesetzter Verbindung mit den Staatssekretären und Ministern geblieben sei und während der Strapazen der Reise, die hohen wichtigen politischen Zielen gedient und große politische Erfolge gehabt habe, sogar wichtige Angelegenheiten erledigt habe. Da somit Alles gut und vollkommen ist, wie man es sich nur wünschen kann, so kommt Herr v. Posadowsky zu dem Ergebniß, daß jedwede Kritik an den Handlungen der Regierung unberechtigt ist. Der gegenwärtige Staatssekretär des Innern scheint überhaupt von Haus aus für Bethätigungen der Kritik wenig Verständniß zu haben; deshalb kann er sich solche psychologisch nur aus dem Bedürfniß erklären, subjektiv auch dann die schärfste Kritik zu üben, selbst wenn man objektiv ganz zufrieden ist. Für einen großen Theil der Angriffe und Nörgeleien der grundsätzlichen Opposition mag diese Erklärung zutreffen, nicht aber für die durch mancherlei innerpolitische Zustände und Vorgänge hervorgerufene Kritik, die in bester Absicht von nationalgesinnter, staatserhaltender Seite geübt wird, wo ein starkes und wohl auch berechtigtes Maß von Wohlwollen gerade für Herrn v. Posadowsky vorhanden ist. Wäre dieser bei der Begründung seines uneingeschränkten Optimismus mit Superlativen etwas sparsamer umgegangen und hätte er wenigstens einen Versuch gemacht, überall den Ursachen der ihm so unangenehmen Kritik nachzuspüren, so würde seine Etatsrede vielleicht eindrucksvoller gewesen sein und weniger Widerspruch hervorrufen.

Oratorisch am wirksamsten war die Rede des Staatssekretärs des Aeußeren. Auch Herr v. Bülow hat nichts wesentlich Neues vorzubringen vermocht; aber die lebendige Frische des Kolorits, durch das sich alle seine Ausführungen auszuzeichnen pflegen, sichert ihm starke rhetorische Erfolge. Seine neueste Rede ist wieder reich an glücklichen Wendungen und humorvollen Bemerkungen. So sagte er z. B. in Bezug auf die orientalische Frage: „Es ist ja nicht gerade nothwendig, daß alle großen Probleme, deren es so viele giebt, von heute auf morgen gelöst werden. Wir müssen auch unseren Kindern und Kindeskindern noch einige Nüsse zum Knacken übrig lassen.“ Von besonderer Bedeutung sind die Auslassungen, in denen der Dreibund und unsere Stellung zu Oesterreich-Ungarn berührt wurde. Nach Herrn v. Bülow's Ansicht liegt kein Grund zu der Befürchtung vor, daß die befremdlichen Erklärungen, die der österreichische Minister-Präsident Graf Thun jüngst über die Ausweisungen aus Preußen abgegeben hat, die Festigkeit und Intimität unseres Freundschafts-Verhältnisses zur habsburgischen Monarchie beeinträchtigen könnten. Offenbar ist diese Ansicht das Ergebniß des Meinungsaustausches, der in den letzten Tagen zwischen Berlin und Wien stattgefunden und die Trübung, die in den wechselseitigen Beziehungen einzutreten drohte, wieder beseitigt hat. Die Genugthuung hierüber wird um so mehr empfunden werden, als es sich Herr v. Bülow nicht versagt hat, in sehr feiner und überlegener Art, die doch zugleich einer gewissen Schärfe nicht entbehrt, die Ungeschicklichkeit, wie Graf Thun die Frage der Ausweisungen behandelt hat, zu mißbilligen. „Ich glaube,“ bemerkte Herr v. Bülow, „daß ein Minister besser thut, kleinere Divergenzen mehr geschäftlicher Natur zwischen befreundeten und verbündeten Staaten öffentlich nur in versöhnlichem Geiste, nach reiflicher Ueberlegung und mit genauer Abmessung der Tragweite seiner Worte zu berühren“. Einen Minister, der sich der vollen Tragweite provokatorischer Erklärungen nicht bewußt ist, kann man eigentlich nicht ernst nehmen; ein solcher ist daher auch nicht im Stande, ein Bündniß von der Bedeutung des Dreibundes zu erschüttern. Das scheint die in Berlin obwaltende Auffassung zu sein. „Der Dreibund,“ versicherte Herr v. Bülow, „steht fest und unerschüttert da, er gleicht einer Festung in Friedenszeiten, auf deren Glacis die Bäume in jedem Jahre höher wachsen, was aber nicht ausschließt, daß im Falle der Noth, den ich ja nicht voraussehe, die Festung in kürzester Frist sturmfrei gemacht wird. Die Dreibund-Staaten haben von jeher in lebhafter Beziehung zu einander gestanden, sie sind immer schon in irgend einer Art und Weise verbunden gewesen und haben jetzt die glückliche Form gefunden, bei aller inneren Autonomie und absoluter inneren Selbstständigkeit nach außen fest zusammenzustehen. Jedes Glied des Dreibundes hat ein Interesse an dessen Fortbestehen. Jeder würde durch sein Ausscheiden in gleichem Maße verlieren. Da der Dreibund völlig entfernt ist, aggressiven Zwecken zu dienen und nichts anstrebt, als den status quo der bestehenden Ordnung zu erhalten, so kommt derselbe in letzter Linie allen Völkern zur Erhaltung des europäischen Friedens zu Gute.“

Aus dem Hause sprachen der Etatsredner des Centrums und der Führer des Freisinns. Aus der Rede des Herrn v. Fritzen leuchtete das Wohlwollen der führenden Partei für die Regierung deutlich hervor. Den Nachdruck legte er auf die erfreulichen Momente, während er ersichtlich bemüht war, die mehr oppositionellen Ausstellungen in einer Form geltend zu machen, die möglichst wenig unangenehm berührt. Eugen Richter's Rede bildete das Gegenstück zu der des Grafen Posadowsky: fast überall erblickt er Schatten und Finsterniß, wo der Staatssekretär des Innern Licht und Klarheit zu finden glaubt. Alles, was in den letzten Monaten in der „Freisinnigen Zeitung“ gegen die innere Politik der Regierung angestapelt worden ist, faßte der freisinnige Redner zusammen, wobei er zugleich auch dem sozialdemokratischen Standpunkte gerecht zu werden verstand. Wiederholt erntete er zwar „große Heiterkeit“, aber seine Witzeleien waren kaum im Stande, seiner Rede einen über das Durchschnittsmaß hinausgehenden Erfolg einzuheimsen.

Feruschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Dezember.

* Wien. Abgeordnetenhaus. Schönerer und Genossen beantragen die Versetzung Thun's, Bärnreither's, Dipauli's und Ruber's in Anklagezustand wegen angeblicher Cirkularerlasse an die Postämter, womit die Konfiskation der Einladungen zum Bezuge des Blattes „Unverfälschte deutsche Worte“, sowie zum „Bund deutscher Landwirthe in der Ostmark“ angeordnet wird. — Das Haus verhandelte über das Lokalbahn-Gesetz. Die Vorlage umfaßt 25 Lokalbahnen in der Länge von 821 Kilometer mit einem Kostenaufwand von 51,4 Millionen Gulden.

* Wien. In der heutigen Gemeinderathssitzung ereigneten sich wiederholt tumultuartige Scenen, als der Bürgermeister Dr. Lueger bekanntgab, jeder Redner müsse sich persönlich bei dem Schriftführer zum Worte melden. Die Gemeinderäthe Förster, Brix und Mittler wurden von der heutigen und den drei nächsten Sitzungen ausgeschlossen. Brix verließ den Saal; Förster und Mittler weigerten sich aber, den Saal zu verlassen, und es wurde von Amtsdienern ersterer hinausgetragen, letzterer hinausgeführt.

* Washington. Die Kriegsschiffe „Brooklyn“, „Texas“, „Castine“ und „Resolute“ haben Befehl erhalten, sich nach Havana zu begeben.

Berlin. Reichstag. Die erste Berathung des Etats wird fortgesetzt. — Abg. Bassermann (nat.-lib.) meint, daß in weiten Kreisen allerdings Unzufriedenheit wegen der Nichtaufhebung des Verbindungs-Verbots für Vereine bestehe. In der sozialen Gesetzgebung herrsche ein zu langsames Tempo. Es bedürfe der Errichtung eines besonderen Arbeitsamtes im Reichsamt des Innern. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, wie die sozialdemokratischen Stimmen angewachsen sind. Es sei eine Illusion, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt schon erreicht habe, ebenso, daß eine so mächtige Klassenbewegung durch Polizeimaßregeln unterdrückt werden könne. Der Arbeiterschutz genüge nicht, es bedürfe weiterer Maßnahmen, so u. A. obligatorischer Einigungsämter, gemeinsamer Organisationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, auch werde eine Wittwen- und Waisenversorgung für die Dauer nicht ausbleiben können. Die Arbeiterwohnungsfrage bedürfe der Förderung, einstweilen durch ausgiebige Gewährung von Darlehen seitens der Versicherungs-Anstalten. Redner halte weiter einen einheitlichen Ladenschluß für angezeigt, wie überhaupt eine weitere Entwickelung des Arbeiterschutzes. Das Koalitionsrecht der Arbeiter dürfe keinesfalls eingeschränkt werden; Terrorismus gegen Einzelne könnte allerdings nicht geduldet werden, aber in dieser Beziehung genügten die schon bestehenden Strafbestimmungen. Weiter verwahrt Redner seine Partei gegen den Vorwurf, daß sie auf ihrem letzten Parteitage ein treibendes Element in Bezug auf die angekündigte Vorlage bezüglich des Schutzes der Arbeitswilligen gewesen sei. Eine einseitige Aufhebung der Ausfuhrprämien auf Zucker müsse seine Partei ablehnen. In der lippe'schen Frage sei eine baldige Entscheidung des Bundesrathes dringend zu wünschen. Die Zuständigkeit des Bundesraths gelte seiner Partei zweifellos insofern er die Frage zu entscheiden habe, ob er zuständig ist. (Große Heiterkeit.) Wenn der Bundesrath sich nicht für zuständig erklärt, dann fragt es sich, ob nicht eine Reichsinstanz nöthig ist für Streitsachen zwischen Bundesfürsten. Weiter hält Redner internationale Vereinbarungen zur Abwehr des Anarchismus für erwünscht. Die neue Militärvorlage komme keineswegs so unerwartet, wie Abg. Richter gemeint habe. Nur Optimisten hätten meinen können, daß nach Ablauf des Quinquennats kein weiterer Ausbau der Heeresorganisation erfolgen werde. Es sei allgemeine Ansicht, daß Deutschland bei dem steigenden Wohlstand eine gewisse Vermehrung des Heeres vertragen könne. Ein Verständniß dafür sei in weitesten Volkskreisen vorhanden; auch seine Fraktion sei mit einer gewissen Vermehrung einverstanden, wenn sie auch im Einzelnen die Vorlage sorgsam prüfen werde. Seine Partei glaube nicht an eine Wiederaufhebung der zweijährigen Dienstzeit und halte daher die Frage der Festlegung derselben gar nicht für praktisch. Bezüglich des Kolonialetats bemerkte Redner, daß seine Freunde Aufwendungen speziell für Ostafrika einschließlich Bahnbauten billigten, wo das nationale Interesse solche erfordere. Wenn es sich um bedenkliche Elemente handele, seien die Ausweisungen berechtigt und wir könnten uns da jede Einmischung vom Auslande verbieten. Die gestrige Rede des Staatssekretärs v. Bülow werde überall freudigen Widerhall finden. Wir wünschen lebhaft die Fortdauer des Dreibundes, sehen aber mit einem gewissen Bangen die politische Entwickelung in Oesterreich an. Der stark herausfordernde Ton des österreichischen Ministerpräsidenten gegenüber Deutschland war ganz ungerechtfertigt, zumal angesichts dessen, daß Deutschland jeder Zeit sich jeder Einmischung in österreichische Verhältnisse enthalten hat. Nöthigenfalls sind wir stark genug, auf eigenen Füßen zu stehen. Die Orientreise des Kaisers sehen auch wir für eine Großthat an, eben so wenig aber wollen wir uns die Resultate derselben verkleinern lassen. Unseren wirthschaftlichen Interessen zumal ist die Reise sicher sehr nützlich. Redner schließt: Bei richtiger Abwägung der Licht- und Schattenseiten in unserem Staatswesen kann ein Grund zur Reichsverdrossenheit nicht anerkannt werden. Mißgriffe kommen bei Regierenden und bei Regierten vor; dadurch werden wir uns aber die Freude am Reiche nicht verkümmern lassen. (Beifall. — Abg. v. Vollmar (Soz.): Die Gehaltserhöhungen der Unterbeamten, von denen man so viel Wesens mache, seien überaus geringfügig. Was berechtige demgegenüber der Kolonialetat und nun gar die neue Militärvorlage? Angesichts der bekannten Erklärung des Kriegsministers vom Dezember v. J. sehe man, wie falsch es sei, solches Vertrauen zur Regierung zu haben. Niemand von seinen Genossen denke daran, das Vaterland von einem Tage zum anderen wehrlos zu machen, aber die Forderung, daß das Heer durch eine allmähliche Verminderung der Dienstzeit zu einem wirklichen Volksheer gemacht werde, müsse seine Partei immer wieder erheben. Die regierende Partei dieses Hauses werde auch bei dieser Vorlage wieder die Konsequenzen ihres Thuns ziehen müssen; für sie gäbe es kein Zurück mehr. Die Folgen dieses Systems, weiterer Ausbau des Pumpsystems und neue Steuern, würden sich zeigen, sobald die wirthschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in Niedergang geriethen. Eine unwürdigere und unsinnigere Art, das deutsche Volksthum hegen und pflegen zu wollen, als wie es durch die Ausweisung geschehen, gebe es nicht. Die Schuld an den Vorgängen tragender Arbeiter trage lediglich das preußische Junkerthum. Ich und meine Freunde protestiren gegen dieses barbarische Vorgehen. — Präsident Graf v. Ballestrem: Ich kann nicht dulden, daß das Vorgehen einer Bundesregierung barbarisch genannt wird; ich rufe den Redner dafür zur Ordnung. — v. Vollmar fährt fort, es tadle, daß die Abgeordneten ihrerseits nicht benachrichtigt worden seien, wann denn eigentlich der Reichstag zusammentreten werde. Für die ganzen inneren Verhältnisse des Reiches sei diese Rücksichtslosigkeit bezeichnend; freilich müsse man sich trösten mit der Wahrnehmung, daß selbst Bundesfürsten nicht derart behandelt würden. In Süddeutschland herrsche ganz zweifellos Reichsverdrossenheit und unter den verbündeten Regierungen bestehe eine solche. Wenn es zutreffend wäre, daß uns die Orientreise des Kaisers wirklich so große wirthschaftliche Vortheile bringe, dann könnten ja die europäischen Völker nichts Gescheiteres thun, als möglichst den größten Theil des Jahres ihre Fürsten auf Reisen zu schicken. (Heiterkeit und Unruhe.) Auf die Einladung der italienischen Regierung zur Anarchisten-Konferenz hätte unsere Regierung antworten sollen: „Sorge Du selbst dafür, daß Du nicht Anarchisten züchtest“, statt dessen plant sie Vorlagen, welche bei uns das Koalitionsrecht der Arbeiter verkürzen müssen. Das Gerede vom Terrorismus gegen die Arbeitswilligen ist weiter nichts als eine seit Jahren systematisch verbreitete table convenue. Der Terrorismus, der bekämpft werden müßte, ist der Terrorismus des Kapitals. Schon jetzt ist die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nirgends so bedroht wie bei uns. Landarbeiter und Gesinde haben überhaupt kein Koalitionsrecht. Wir Sozialdemokraten führen keinen Gewaltkampf, sondern einen Kampf der Gesetzmäßigkeit. Glauben Sie aber nicht, daß wir auf uns, auf dem deutschen Volke, herumtreten lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) erkennt an, daß die Finanzlage des Reiches eine günstige sei, und hoffe, daß es zu einer wirklichen Finanzreform kommen werde. Die Forderungen der Sparsamkeit werden immer wieder erhoben, während man auf der anderen Seite stets mehr Ausgaben zur Aufbesserung der Beamtengehälter u. s. w. verlange. Für diese sei im absolutistischen Staate besser gesorgt gewesen, während andererseits damals auch das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten in Bezug auf sparsames Wirthschaften entwickelter gewesen sei. Sehr bedenklich erscheine ihm die Ankündigung bezüglich des Postwesens. Bei gar zu niedrigen Gebühren für den Postscheckverkehr werde von den Postüberschüssen nichts übrig bleiben. Durchaus berechtigt seien die Forderungen für die Kolonien, besonders für die Bahnbauten in denselben; aber bei der Fürsorge für die Interessen von Handel und Industrie dürften die Interessen der Landwirthschaft nicht zu sehr in den Hintergrund treten. Industrie und Landwirthschaft müßten Hand in Hand gehen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes habe gestern eine ausgezeichnete Rede gehalten. Ganz zweifellos bedürfe es behufs Erhaltung des Friedens einer starken Armee. Herr Richter habe gestern der Ausweisungen halber Herrn v. Köller stark angegriffen, habe dabei aber vergessen anzuführen, welche dänische Bestrebungen und Agitationen diese Ausweisungen veranlaßt hätten. Letztere seien durchaus zu billigen. Abg. Richter übersehe, daß der betreffende Arbeitgeber sich absichtlich und ausdrücklich dänische Arbeiter und dänisches Gesinde aus Dänemark kommen ließ. Der Unterbeamten-Erlaß des Staatssekretärs Podbielski verdiene ebenfalls volle Billigung. Es sei das nur ein berechtigter Kampf gegen die Organisation der Sozialdemokratie unter den Unterbeamten. Herr v. Vollmar schüttele die Anarchisten von sich ab, aber ganz könne er das doch nicht thun, denn die Anarchisten seien die Folge, daß sozialdemokratische Bestrebungen gerade so wie die Sozialdemokraten groß geworden seien auf den Schultern der Fortschrittspartei. (Heiterkeit links. Beifall rechts.) — Staatssekretär v. Thielmann erwidert dem Abg. Grafen Limburg, die Reichsfinanzreform sei nicht dauernd bei Seite gelegt. Unrichtig sei, daß die Finanzverwaltung gegenüber den Einzelressorts eine gewisse Schwäche bekunde. Unbegründet sei ferner der Vorwurf, daß die Regierung aus eigener Initiative das Schuldentilgungsgesetz, welches Graf Limburg schädlich und verderblich nenne, vorgelegt habe. Alle bisherigen Schuldentilgungsgesetze seien vom Reichstage unter Zustimmung auch der Konservativen ausgegangen. — Abg. Motty (Pole) wendet sich gegen die unablässige Vermehrung des Heeres und gegen die Ausweisungen, welche leicht zu internationalen Verwickel-

Densow's Eiernudeln! Germania-Maccaroni! werden allgemein bevorzugt.